

VI. Wahlen

Vorbemerkung

Der **Deutsche Bundestag** wird alle 4 Jahre neu gewählt (Wahlperiode). **Wahlberechtigt** ist, wer das 21., wählbar, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Dies gilt mit einer Ausnahme auch für die Wahlen zu den Landtagen, die in Hamburg und Bremen Bürgerschaft, in Berlin (West) Abgeordnetenhaus genannt werden. In Berlin (West) ist wahlberechtigt, wer das 20. Lebensjahr vollendet hat. Näheres, u. a. die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln Bundes- bzw. Landesgesetze.

Wahlbeteiligung: Anteil der Wähler mit gültigen und ungültigen Stimmen an den Wahlberechtigten.

Für den Bundestag wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in den Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Landeslisten gewählt. Seit 1953 hat jeder Wähler 2 Stimmen; mit seiner Erststimme wählt er einen Kandidaten im Wahlkreis, seine Zweitstimme gibt er der Landesliste einer Partei.

Im 1. Bundeswahlgesetz, das mindestens 400 Abgeordnete vorsah, war den Landesregierungen aufgegeben, die den Ländern nach den Einwohnerzahlen zugeteilten Sitze im ungefähren Verhältnis von 60:40 auf Wahlkreis- und Landeslisten-Sitze zu verteilen. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Bundestag auf mindestens 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu Wählenden geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere aus Landeslisten gewählt. Die Bevölkerung des Saarlandes wählte nach der Rückgliederung erstmalig 1957 mit. Zu den unmittelbar gewählten Abgeordneten traten 1949 19, 1953, 1957 und 1961 22 Abgeordnete aus dem Lande Berlin, die durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt wurden.

Im Bundeswahlgesetz 1956 wurde die Verbindung von Landeslisten gleicher Parteien für zulässig erklärt, wovon 1957 und 1961 alle in die Sitzverteilung gekommenen Parteien Gebrauch machten. Für die **Sitzverteilung** waren dadurch zunächst die Mandate zu berechnen, die einer Partei auf Grund der Stimmen zustanden, die für sie im gesamten Wahlgebiet abgegeben worden waren. In einem 2. Auszählungsverfahren wurden die Mandate sodann nach Maßgabe der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Stimmen auf die Länder weiter verteilt. Von der so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei im Lande errungenen Wahlkreissitze abgerechnet. Ist die Zahl der gewonnenen Wahlkreissitze größer, verbleiben sie der betreffenden Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich festgelegte Mindestzahl der Sitze im Bundestag um die Unterschiedszahl. 1949 gab es 2, 1953 und 1957 jeweils 3 und 1961 sogar 5 solcher »Übergangsmandate«. Durch die sogenannte »Sperrklausel« sind bei der Wahl zum Bundestag jetzt für eine Partei mindestens 5% der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens 3 Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

Seit 1953 sind nach den wahlgesetzlichen Bestimmungen (Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956, § 52 Abs. 2) in den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern jeweils zu bestimmenden Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter besonderer Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Auswahl der Wahlbezirke erfolgt nach einem Stichprobenplan und ist repräsentativ für die Länder und hierdurch auch gleichzeitig für das Wahlgebiet als Ganzes. Die **repräsentative Bundestagswahlstatistik** dient der Analyse der Wahlergebnisse unter wahlpolitischen und soziologischen Gesichtspunkten.

Bei der 3. Bundestagswahl 1957 wurden die Sondererhebungen in 1007, bei der 4. Bundestagswahl 1961 in 1125 Wahlbezirken durchgeführt. Für die Feststellungen über die Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse herangezogen, für die Feststellungen über die Stimmabgabe Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen nach jeweils drei Altersgruppen benutzt. Die Personen, die einer bestimmten Partei ihre Stimme gegeben haben, wurden dadurch nicht dem Namen nach bekannt. Der weiteren Sicherung des Wahlgeheimnisses dient unter anderem die Bestimmung, daß die Ergebnisse der Zusatzerhebungen nicht für einzelne Wahlbezirke veröffentlicht werden dürfen (Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 i. d. F. vom 8. April 1965, § 84 Abs. 2).

Bei den hier wiedergegebenen Bundesergebnissen handelt es sich um hochgerechnete Zahlen der Stichprobe. Zuvor sind die unterschiedlichen Auswahlsätze der Stichprobe in den Ländern berücksichtigt worden.

Die Stimmenzahl der Länder im **Bundesrat** ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden. Durch den Bundesrat wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit.

Bundesgesetze können von der Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages und vom Bundesrat eingebracht werden. Nach gesetzlicher Ermächtigung können durch den Bund und die Länder auch **Rechtsverordnungen** erlassen werden. Vorlagen für die Beratungen im Plenum des Bundestages werden von besonderen Ausschüssen vorbereitet.

Im Plenum werden Bundesgesetze und andere wichtige Vorlagen in drei, alle übrigen in einer Beratung erledigt. Auch die weitere in Tabelle 7 ausgewiesene Tätigkeit des Bundestages ist aus seiner Geschäftsordnung zu verstehen.

Große Anfragen müssen von 30 Abgeordneten, kleine Anfragen von einer Abgeordnetenzahl unterstützt sein, die einer Fraktionsstärke entspricht (15). Unter **Fraktion** ist der Zusammenschluß der Mitglieder des Bundestages gleicher Parteien zu verstehen. Die Petition (Bitten und Beschwerden) an den Bundestag steht als Grundrecht jedem zu.